

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juli 2008

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Antje Pfeifer

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 21. bis zum 27. Juli 2008

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Keine rasche Lösung der EU-Verfassungskrise in Sicht

Diese Erkenntnis wurde Staatspräsident Sarkozy bei seinen Gesprächen am 21.07. mit der irischen Regierung und mit Vertretern aller politischen Kräfte des Landes vermittelt. Sein Gedanke, ein erneutes Referendum zusammen mit den Europawahlen (und gleichzeitig Kommunalwahlen) im Juni 2009 abzuhalten stieß auf entschiedene Ablehnung der führenden Oppositionsparteien, die darin nur Vorteile für die Nein-Bewegung Libertas sahen. Außenminister Micheál Martin erklärte aber, dass die Regierung bis Dezember Klarheit über das weitere Vorgehen schaffen wolle. Dies bedeute nicht unbedingt eine Entscheidung über ein zweites Referendum. Martin akzeptierte im Übrigen, dass bei den EU-Partnern keinerlei Interesse an neuen Vertragsverhandlungen besteht.

<http://www.irishtimes.com/newspaper/frontpage/2008/0722/1216627320404.html>

<http://www.irishtimes.com/newspaper/ireland/2008/0723/1216740957185.html>

2. Sonderausschuss des irischen Parlaments zum Vertrag von Lissabon

Die Regierung plant, das Abgeordnetenhaus (Dáil) bereits einige Wochen vor dem offiziellen Termin (24.09.) einzuberufen, um über das Referendum zu diskutieren und um die Mitglieder des Sonderausschusses zu benennen. Es sei wichtig, die Implikationen des Referendums zu reflektieren. Premierminister Brian Cowen wird im September in Paris mit Staatspräsident Sarkozy, im Vorfeld des Europäischen Rats am 15./16.10., weitere Gespräche über die Nachbereitung des Referendums führen.

http://www.irishtimes.com/newspaper/breaking/2008/0724/breaking69_pf.html (Lisbon Treaty body)

3. Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch Italien kurz vor Abschluss

Nachdem der Senat am 23.07. ein einstimmiges Votum abgegeben hat wird in den letzten Julitagen auch mit einem überzeugenden Ergebnis im Abgeordnetenhaus gerechnet. Italien wird dann der 24. Mitgliedstaat sein, in dem das parlamentarische Verfahren abgeschlossen ist. Damit bleiben nur noch die Verfahren in Schweden und Tschechien offen. Der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek hat am 21.07. anders als bisher klar die Ratifizierung angekündigt sobald im Herbst das Verfassungsgericht seine Entscheidung verkündet hat. Damit sind drei Politikoptionen in Sicht: (i) Status quo (Vertrag von Nizza) bis zu positivem 2. irischem Referendum, (ii) Austritt von Irland bei negativem 2. Referendum und (iii) Neugründung einer Union wenn Irland nicht ratifiziert und nicht austritt.

<http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coulisses/2008/07/lisbonne-lirl-1.html>

<http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coulisses/2008/07/lisbonne-la-rpu.html>

4. Veränderungen in Thüringer AdR-Delegation

Neues ordentliches Mitglied ist nunmehr Europaminister Klaus Zeh und neuer Stellvertreter der Landtagsabgeordnete Fritz Schröter.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf (Rat Justiz /Inneres)

...

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Kommission sperrt 486 Mio. EUR für Bulgarien - Rumänien wurde verwarnet

Nach dem Bericht der EU-Kommission im Rahmen des beim EU-Beitritt eingerichteten Kooperations- und Kontrollverfahrens konnten in beiden Ländern aufrichtige Bemühungen und auch einige Fortschritte vor allem bei der Justizreform festgestellt werden, doch bestehe in beiden Ländern noch erheblicher Handlungsbedarf in der Korruptionsbekämpfung, und in Bulgarien auch beim Kampf gegen organisierte Kriminalität. Die Kommission schlägt konkrete Folgemaßnahmen vor. Im Falle Bulgariens hat sie die förmliche Entscheidung erlassen, die Zahlungen aus bestimmten EU-Fonds auszusetzen, bis die bulgarischen Behörden nachweisen, dass solide Strukturen für die Finanzverwaltung eingerichtet wurden und ordnungsgemäß funktionieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1195&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/index_de.htm

2. Weiterhin kein EU-Beitritt der Türkei ohne Referendum in Frankreich

Dies ergibt sich aus der Verfassungsreform vom 21.07., welche - anders als von Staatspräsident Sarkozy gewünscht - am Grundsatz einer Volksabstimmung vor jedem Beitritt festhält. Allerdings kann das Parlament mit einer Mehrheit von 60% in beiden Kammern beschließen, dass wie bei einer Verfassungsänderung in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern mit 60% der Stimmen der Anwesenden eine parlamentarische Ratifikation erfolgt. Dieses Quorum ist bei den „unproblematischen Kandidatenländern“, nicht aber im Falle der Türkei, in Sicht.

<http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coulisses/2008/07/la-turquie-nvit.html>

3. Keine konkrete Beitrittsperspektive für Ukraine

Wie die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik am 22.07. nach der Tagung des Rats der EU-Außenminister berichtete, ist der Rat dem Wunsch der Ukraine nach Erwähnung einer Beitrittsperspektive nicht nachgekommen. Angestrebt wird bis Ende 2009 ein erweitertes Assoziierungsabkommen mit einer Freihandelszone und einer verstärkten Zusammenarbeit im Energiebereich. Die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine wird am 09.09. beim Gipfeltreffen in Evian (FR) diskutiert werden.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/gena/101918.pdf

<http://derstandard.at/>

4. Festnahme von Radovan Karadžić verbessert EU-Perspektive von Serbien

Die EU-Außenminister begrüßten die Bildung einer neuen Regierung mit einer klaren europäischen Linie in Serbien. Sie zeigten sich auch erfreut über die Festnahme von Radovan Karadžić am 21.07. Sie machten aber auch deutlich, dass erst nach Festnahme der übrigen vom Haager Kriegsverbrechertribunal gesuchten Täter der Status eines Beitrittslandes in Frage komme.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/gena/101918.pdf

5. Schweiz beteiligt sich an Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo

Der Rat billigte ein entsprechendes Abkommen der EU mit der Schweiz.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

6. Neuer Sonderbeauftragter der EU für Afghanistan

Der Rat benannte Herrn. Ettore F. Sequi mit Wirkung vom 01.09. 2008 als Nachfolger von Herrn Francesc Vendrell.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

b) Entwicklungspolitik

1. Zollpräferenzen für Entwicklungsländer bis 2011 verlängert

Der Rat aktualisierte die Verordnung über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011. Insbesondere für China werden jedoch die Präferenzen massiv abgebaut. Betroffen sind aber auch Vietnam (insbesondere Schuhe), Malaysia und Indonesien (insbesondere Fette und Öle), aber auch Indien, Thailand und Brasilien. Entwicklungsländer, die die Kriterien für die Inanspruchnahme der Sonderregelung für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung erfüllen, sollten in den Genuss der zusätzlichen Zollpräferenzen kommen können, sofern die Kommission auf deren Antrag hin ihre Einstufung als begünstigte Länder bis zum 15. Dezember 2008 bestätigt.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/gena/101918.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st09/st09792.de08.pdf>

2. Erstes Gipfeltreffen EU-Südafrika kündigt engere Partnerschaft an

Mit dem ersten Gipfeltreffen zwischen der EU und Südafrika am 25.07. sind die Beziehungen zwischen der EU und Südafrika sichtbar auf eine höhere Stufe gestellt und Südafrika als echter strategischer Partner anerkannt worden. EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Entwicklungskommissar Louis Michel trafen mit dem südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki zusammen, um aktuelle politische und soziale Fragen wie Migration, Klimawandel, Frieden und Sicherheit zu erörtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1208&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Sanktionen gegen Simbabwe verschärft

Die EU anerkennt nicht das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 27.06. und verstärkt die bestehenden Sanktionen gegen die Verantwortlichen der Gewalttätigkeiten. Der Rat fügte zu der bestehenden Liste von 131 Personen, die einem Visaverbot und einer Vermögenseinfrierung unterliegen, 37 weitere und vier von den Machthabern beherrschte Unternehmen hinzu. Die ersten Sanktionen sind 2002 verhängt worden. Die Entwicklungshilfe ist suspendiert, mit Ausnahme von humanitärer Hilfe. Ferner besteht ein Waffenembargo. Der Rat bedauert, dass wegen des Vetos von Russland und China keine Sanktionen des Weltsicherheitsrates beschlossen werden konnten.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/gena/101918.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st11/st11611-ad01re02.de08.pdf>

4. Europäische Entwicklungstage für 2008 angekündigt

Die EU-Kommission und die französische EU-Ratspräsidentschaft haben offiziell bekannt gegeben, dass die Europäischen Entwicklungstage 2008 vom 15. bis 17. November in Straßburg stattfinden werden. Diese zählen zu den wichtigsten Veranstaltungen auf der internationalen Entwicklungsagenda. Der dafür gewählte Zeitpunkt liegt zwei Monate nach der Generalversammlung der Vereinten Nationen und wenige Wochen vor der Doha-Konferenz.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1210&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Rat begrüßt Aktionsplan zum Konsens über die Humanitäre Hilfe

Die EU-Außenminister billigten die Vorlage der Kommission zur Umsetzung des zum Jahresbeginn erzielten Konsens der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission über die Humanitäre Hilfe als Herausforderung. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen zur Propagierung von humanitären Grundsätzen und zum Aushandeln von Studien zur wirksameren Durchführung von humanitärer Hilfe vor.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/gena/101918.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st10/st10163.en08.pdf>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:025:0001:0012:DE:PDF>

III. Arbeit und Gesundheit

a) Arbeit

Erwerbstätigenquote in der EU27 in 2007 auf 65,4% gestiegen

Im Jahr 2007 gingen 218,5 Mio. in der EU27 gebietsansässige Personen im Alter ab 15 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach. Die Gesamterwerbstätigenquote für Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren lag 2007 bei 65,4%, gegenüber 62,1% im Jahr 2000 und 64,5% im Jahr 2006. Die Erwerbstätigenquote der Frauen belief sich im Jahr 2007 auf 58,3% und lag somit gegenüber 53,6% im Jahr 2000 und 57,3% im Jahr 2006 deutlich höher. Die Erwerbstätigenquote älterer Menschen (55 bis 64 Jahre), die im Jahr 2000 36,8% und 2006 43,5% betragen hatte, stieg im Jahr 2007 ebenfalls an, und zwar auf 44,7%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/104&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Konsultationen im Bereich Gesundheit

Die Kommission bittet interessierte Kreise bis zum 15.10. um Äußerungen zum Entwurf für Leitlinien zur Bewertung von Risiken, die durch Non-Food-Konsumgüter verursacht werden und zu ausführlichen Leitlinien zur guten klinischen Praxis für Arzneimittel für neuartige Therapien sowie bis 30.09. um Kommentare zur Information der Öffentlichkeit über pädiatrische klinische Prüfungen.

http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=nonfood&lang=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/pharmaceuticals/advtherapies/advanced_keydoc.htm

IV. Ernährung und Landwirtschaft

1. Keine Bedenken gegen Klonfleisch aus Rinder- oder Schweinezucht

Dies ist die Stellungnahme der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit. Auch bei der Milch geklonter Rinder oder deren Nachkommen gebe es keine Unterschiede zu der aus herkömmlicher Zucht. Für andere Tiere wie Schafe oder Ziegen gebe es aber noch keine ausreichenden Erkenntnisse. Die EU-Kommission will aber noch die Stellungnahme der Europäischen Gruppe für Ethik (EGE) einholen, die sich aus Gründen des Tierschutzes bereits sehr kritisch zum Klonen von Tieren geäußert hat. Außerdem wartet die Kommission noch auf die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage zur Akzeptanz von Klonen und Klon-Nahrung. Danach wird sie eine umfassende Konsultation durchführen und prüfen ob ein Tätigwerden erforderlich ist.

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753812_1211902019762.htm

2. Neue Werbekampagne für Öko-Lebensmittel und ökologischen Landbau

Die Europäische Kommission hat am 25.07. auf der Agrarmesse „Foire de Libramont“ in Belgien die neue EU-Kampagne für ökologischen Landbau eröffnet. Entsprechend ihrem Slogan „Bio. Gut für die Natur, gut für dich“ soll die Werbekampagne die Verbraucher über die Besonderheit des ökologischen Landbaus und der Erzeugung ökologischer Lebensmittel sowie über die damit verbundenen Vorteile informieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1209&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.organic-farming.europa.eu

3. EU-Kommission für Abschaffung von Normen für Obst und Gemüse

Agrarkommissarin Fischer Boel will auf 26 der 36 Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse verzichten. Am 22.07. zeigte sich in einem Fachgremium, dass nur noch 15 Mitgliedstaaten gegen die Aufgabe von Regelungen etwa für die Krümmung der Gurken, aber auch für Größen- oder Formangaben bei Lauch, Spargel, Blumenkohl, Knoblauch, Kirschen, Spinat und Wassermelonen sind. Dieser Gruppe unter Führung der Mittelmeerländer Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland stehen insbesondere Deutschland, Großbritannien, Schweden und die Niederlande entgegen. Da die Gegner keine qualifizierte Mehrheit gegen den Kommissionsvorschlag aufbrachten, ist zu erwarten, dass sich die Kommission im Komitologieverfahren durchsetzen kann.

4. Absatzförderung für Agrarerzeugnisse: EU stellt 45,7 Mio. EUR bereit

Die Europäische Kommission hat 31 Programme in 16 Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Slowakei, Schweden und Vereinigte Königreich) genehmigt, mit denen über landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Union informiert und deren Absatz gefördert werden soll. Die Programme, die eine Laufzeit von ein bis drei Jahren haben, sind mit insgesamt 92,4 Mio. EUR ausgestattet, an denen sich die EU zur Hälfte beteiligt. Die ausgewählten Programme betreffen ökologische Erzeugnisse, landwirtschaftliche Qualitätserzeugnisse, Milcherzeugnisse, Fleisch, Wein, Obst und Gemüse, Öl, Pflanzen und Blumen und Erzeugnisse aus den Gebieten in äußerster Randlage.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1206&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Verordnung zu Fangmöglichkeiten für 2008 verabschiedet

Der Rat erließ auf der Grundlage der politischen Einigung vom 15.07. eine Verordnung hinsichtlich der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände in der Irischen See (Kabeljau) und im Nordatlantik und zu den Fangmöglichkeiten von Rotem Thun ohne Einhaltung der Mindestgröße durch spanische Kutterfischer.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st11/st11552.de08.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st11/st11858.de08.pdf>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Konsultation zu Verfahren für Verbraucherbeschwerden

Mit der am 23.07. eingeleiteten Konsultation erbittet die Kommission bis 03.10. Äußerungen interessierter Kreise zur Entwicklung eines einheitlichen Verfahrens für die Einstufung und Meldung von Verbraucherbeschwerden.

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Consultation&lang=en>

b) Wettbewerbsrecht

Konsultation zur Anwendung der Kartellverordnung

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates eingeleitet. Die Kommission hofft, im Rahmen der Konsultation Kommentare zu allen Aspekten der praktischen Umsetzung der Verordnung zu erhalten. Die Kommission wird die Ergebnisse der Konsultation in den Bericht zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 einfließen lassen, der dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 1. Mai 2009 vorgelegt werden soll. Interessierte Parteien sind aufgefordert, ihre Beiträge bis zum 30. September 2008 einzureichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1203&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Noch kein Durchbruch bei WTO-Verhandlungen in Sicht

Die am 26.07. allen Ministern präsentierten neuen Kompromissangebote stießen nur bei einer Minderheit auf Zuspruch. Der Konflikt zwischen den Industrieländern, die besseren Zugang zu den Märkten der Schwellenländer wie Indien wünschen und der Wunsch der letzteren nach Schutz ihrer Industrien sowie nach noch weiter gehenden Zugeständnissen der EU und der USA beim Abbau ihrer Agrarsubventionen, blieb ungelöst. Die Beratungen werden am 28.07. fortgesetzt.

http://www.wto.org/french/news_f/news08_f/meet08_summary_26july_f.htm

2. EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF deckt 1.4 Mrd. EUR Schaden auf

Diese Schätzung zu sämtlichen Unregelmäßigkeiten findet sich im Jahresbericht 2007. Hiervon entfallen etwa 300 Mio. EUR auf Betrugsfälle. Die meisten Schadenfälle gab es im Bereich Struktur- und Kohäsionsfonds (828 Mio. EUR), Eigenmittel (377 Mio. EUR) und Europäischer Agrarfonds-Abteilung Garantie (155 Mio. EUR). Etwa 60% aller Fälle betrafen Belgien, Bulgarien, Deutschland, Italien und Rumänien. Im Jahr 2007 wurden im Zusammenhang mit Untersuchungen des OLAF über 478 Mio. EUR als eingezogen registriert. Am 31.12. hatte OLAF 467 Bedienstete. Der Verwaltungshaushalt von OLAF belief sich im Jahre 2007 auf 52 Mio. EUR. Die operativen Mittel zur Finanzierung von Betrugsbekämpfungsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten betrugen 20.6 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1187&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Förmliche Prüfung wegen staatlicher Beihilfen für Flughafen München

Die Kommission hat beschlossen, wegen der Finanzierung des Terminals 2 am Flughafen München ein förmliches Prüfverfahren einzuleiten. Die Prüfung der Kommission betrifft bestimmte Darlehen, die zu niedrigeren als marktüblichen Zinssätzen gewährt wurden und für die möglicherweise öffentliche Bürgschaften geleistet wurden. Die Kommission ist ferner zu dem Schluss gekommen, dass die Investitionen der im öffentlichen Eigentum stehenden Flughafen München GmbH in das Terminal keine staatliche Beihilfe darstellen, da der Flughafen sich in dieser Hinsicht wie ein privater Investor verhalten hat. Auch die Bedingungen der Nutzung des Flughafens München durch die Lufthansa umfassen nach der Feststellung der Kommission keine staatliche Beihilfe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1199&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Ja zu Beihilfen für Flughafen Leipzig/Halle – Nein zu Garantien für DHL

Die EU-Kommission hat entschieden, dass die öffentlichen Investitionen in Höhe von rund 350 Mio. EUR für die neue Start- und Landebahn Süd des Flughafens Leipzig/Halle als zulässige staatliche Beihilfe einzustufen sind. Die Kommission stellte jedoch auch fest, dass die Garantien in Höhe von bis zu 500 Mio. EUR zugunsten des Expressdienstleisters DHL nicht mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind. Diese Garantien sollten insbesondere das Risiko absichern, dass der Nachtflugbetrieb nicht genehmigt wird; sie sind aber praktisch gegenstandslos geworden nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Einsprüche gegen einen unbeschränkten Frachtbetrieb bei Nacht zurückgewiesen hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1191&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Übernahme von Volkswagen durch Porsche steht nichts mehr im Wege

Die Europäische Kommission hat die geplante Übernahme der Volkswagen AG durch den Porsche-Konzern nach der EG-Fusionskontrollverordnung genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1201&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/index/m101.html> - m_5250

6. Anhörung zu Marktmissbrauch beim Energiehandel

Die Europäischen Energieregulierungsbehörden (ERGEG) und der Ausschuss der Europäischen Wertpapierregulierer (CESR) bitten bis 29.08. Marktteilnehmer um eine Stellungnahme.

http://www.energy-regulators.eu/portal/page/portal/EER_HOME/EER_CONSULT/OPEN%20PUBLIC%20CONSULTATIONS/Market%20abuse%20framework/BG

b) Finanzen

Start des Projekts „T2S“ – TARGET2-Securities begrüßt

Der Kommissar Charlie McCreevy und Christine Lagarde, die französische Finanzministerin und Vorsitzende des EU-Rates der Wirtschafts- und Finanzminister, haben am 23.07. die formelle Entscheidung der EZB begrüßt, in das T2S-Projekt zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften zu investieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1193&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VII. Justiz und Inneres

1. Terrorismusbekämpfung bleibt Priorität für Europol

Nach dem vom europäischen Polizeiamt am 17.07. vorgelegten Jahresbericht 2007 stellt der Terrorismus wie in den Vorjahren die Hauptbedrohung für die EU dar. Besondere Gefahren gehen weiterhin von islamistischen Extremisten aus. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit von Europol sind Drogenhandel, Menschenhandel, Betrug, Produktpiraterie, Verletzung gewerblicher Schutzrechte, Geldwäsche und Fälschung des Euro. Die Zahl der Fälle stieg von 7246 im Jahr 2006 um 5% auf 7618 im Jahre 2007. Die Zahl der Mitteilungen nahm im selben Zeitraum um fast 24% von 210.268 auf 260.463 zu. Im Verlaufe des Jahres 2007 erhöhte sich die Zahl der Vorgänge im Informationssystem von 34.742 auf 62.660.

<http://www.europol.europa.eu/index.asp?page=news&news=pr080717.htm>

http://www.europol.europa.eu/publications/Annual_Reports/Annual%20Report%202007.pdf

2. Unterstützung für Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl

Die EU-Innenminister sicherten dieser Initiative am 24.07. erneut ihre volle Unterstützung zu, nachdem sie sich bereits auf ihrem informellen Treffen am 07.07. über dessen Prinzipien und Hauptbestandteile geeinigt hatten. Wesentliche Inhalte sind die Gestaltung der legalen Einwanderung, die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, ein besserer Außengrenzenschutz, der Aufbau einer europäischen Asylgemeinschaft und eine umfassende Partnerschaft mit Herkunfts- und Transitländern. Kommissionsvizepräsident Barrot unterstrich die weitgehende Übereinstimmung dieses Pakts mit der Mitteilung der Kommission zur Einwanderung und mit dem Aktionsplan Asyl der EU-Kommission vom 17. Juni.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf (Rat Justiz /Inneres)

3. Hochrangige Gruppe zur Zukunft der EU-Justizpolitik

Wie die Innenminister übermittelten auch die Justizminister den Bericht ihrer „Future Group“ an die Kommission. Dieser Bericht stellt einen Beitrag zum nächsten Mehrjahresprogramm der Europäischen Union im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit ab 2010 dar. Wesentliche Herausforderungen seien: (i) Verbesserung des Schutzes der Bürger, (ii) mehr Rechtssicherheit im Familien, Handels- und Zivilrecht, (iii) besserer Zugang zur Justiz in der EU, (iv) wirksamere

Bekämpfung der organisierten Kriminalität und (v) Reaktion auf die äußeren Herausforderungen der Justizpolitik.

http://www.ue2008.fr:80/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-25.07.2008/resultats_du_conseil_justice_et_affaires_interieures
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

4. Einigung über Eurojust und Europäisches Justizielles Netz

Die EU-Justizminister bekräftigten, dass jeder Mitgliedstaat mindestens zwei Personen zu Eurojust entsenden muss. Ferner legten sie fest, wann die nationalen Strafverfolgungsbehörden Eurojust über ein laufendes Ermittlungsverfahren mit internationalen Bezügen unterrichten müssen. Eurojust erhält eine Kriseneinheit, die rund um die Uhr erreichbar ist. Zudem soll die Zusammenarbeit innerhalb des Europäischen Justiziellen Netzes verbessert werden. Der neue Beschluss regelt insbesondere die interne Organisation des Netzwerkes, wie Ort und Häufigkeit der Treffen der Kontaktstellen oder die Kommunikation der Kontaktstellen miteinander über ein gesichertes Telekommunikationsnetzwerk.

http://www.ue2008.fr:80/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-25.07.2008/resultats_du_conseil_justice_et_affaires_interieures

5. Projekt zur Vernetzung der Strafregister im Rat vorgestellt

Die Europäische Kommission stellte bei den EU-Justizministern das Projekt des Europäischen Strafregisterinformationssystems ECRIS zur Vernetzung der Strafregister der 27 Mitgliedstaaten vor. Ziel ist, dem seit 2003 von 17 Mitgliedstaaten geführten Pilotprojekt einen juristischen Rahmen zu geben. Dieses Vorhaben soll die technischen Voraussetzungen für die bereits verabschiedete Vernetzung der Strafregister schaffen.

http://www.ue2008.fr:80/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-25.07.2008/resultats_du_conseil_justice_et_affaires_interieures
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

6. Berücksichtigung von Verurteilungen in anderen Mitgliedstaaten

Der Rat verabschiedete einen entsprechenden Rahmenbeschluss wonach jeder Mitgliedstaat in einem neuen Strafverfahren sicher stellen muss, dass in einem anderen Mitgliedstaat ergangene Verurteilungen der gleichen Person wegen einer anderen Tat, zu denen im Rahmen geltender Rechtsinstrumente über die Rechtshilfe oder den Austausch von Informationen aus Strafregistern Auskünfte eingeholt wurden, in dem Maße berücksichtigt werden wie im Inland ergangene frühere Verurteilungen und dass sie mit der gleichen Rechtswirkung versehen werden wie im Inland ergangene frühere Verurteilungen. Dieser Rahmenbeschluss tritt an die Stelle eines Europäischen Abkommens vom 28.05.1970 (Art. 56) und ist innerhalb von zwei Jahren umzusetzen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st09/st09675.de07.pdf>

7. Neun Mitgliedstaaten wollen Sonderregelung für Ehescheidungsrecht

Nachdem eine Einigung über das auf Ehepaare unterschiedlicher Nationalität anwendbare Recht (Rom III) in der Sitzung der EU-Justizminister am 06.06. am Veto Schwedens gescheitert ist wollen nunmehr Frankreich, Österreich und sieben weitere Mitgliedstaaten (LU, ES, IT, EL, HU, SI und RO) erstmals das im Vertrag von Amsterdam (1997) eingeführte Instrument der verstärkten Zusammenarbeit nutzen. Dieses setzt in der Fassung des Vertrages von Nizza (2002) einen förmlichen Antrag von mindestens acht Mitgliedstaaten an die Kommission voraus. Die Kommission kann dann dem Rat einen Vorschlag zur Entscheidung (mit qualifizierter Mehrheit) unterbreiten. Die Kommission zeigte sich im Rat bereit, das Anliegen aufzugreifen, hielt aber ihre Entscheidung offen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf (Rat Justiz /Inneres)

8. Bericht zur Zukunft der EU-Innenpolitik aufgegriffen

Die EU-Innenminister beschlossen am 24.07., der Kommission den Bericht der auf Initiative Deutschlands gegründeten Hochrangigen Gruppe, die die letzte (Deutschland, Portugal,

Slowenien) und die aktuelle (Frankreich, Tschechische Republik, Schweden) Dreier-Präsidentschaft umfasst, zu übermitteln. Dieser stellt einen Beitrag für das nächste Mehrjahresprogramm der Europäischen Union ab 2010 dar. Wesentliche Herausforderungen seien: (i) die Bewahrung des „Europäischen Modells“ des Ausgleichs von Mobilität, Sicherheit und Schutz der Privatsphäre, (ii) die zunehmende Verknüpfung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, (iii) der bestmögliche Datenfluss in EU-weiten Netzwerken und (iv) mehr Konvergenz zwischen den nationalen Polizeitätigkeiten.

[http://www.ue2008.fr:80/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-](http://www.ue2008.fr:80/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-25.07.2008/resultats_du_conseil_justice_et_affaires_interieures)

[25.07.2008/resultats_du_conseil_justice_et_affaires_interieures](http://www.ue2008.fr:80/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-25.07.2008/resultats_du_conseil_justice_et_affaires_interieures)

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

9. Keine Einigung über Zulassung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger

Bei der Diskussion im Rat der EU-Innenminister zum Richtlinienentwurf über Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von hochqualifizierten Arbeitskräften aus Drittländern, denen als Gegenstück zur amerikanischen „Green Card“ eine „Blue Card“ ausgestellt werden soll. Streitig ist, ob für die Definition „hochqualifiziert“ die Studiendauer, das Einkommen und die Berufserfahrung in einer qualifizierten Tätigkeit herangezogen werden sollen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

10. Sanktionen für Beschäftigung illegaler Arbeitnehmer umstritten

Bei der öffentlichen Diskussion im Rat der EU-Innenminister zeigte sich, dass 12 Staaten, darunter alle Mittelmeeranrainer, auf EU-Regeln für Sanktionen gegen Arbeitgeber, die illegale beschäftigen, drängen. Acht weitere Staaten, darunter Deutschland, sprachen sich für rein nationale Regeln in diesem Bereich aus. Keine Mehrheit fand auch der französische Vorschlag für eine Mindestquote von Inspektionen in den am meisten betroffenen Branchen wie etwa der Gastronomie, dem Bau und der Landwirtschaft.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

11. Rat vertagt Entscheidung über Aufnahme irakischer Flüchtlinge

Nachdem der deutsche Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Gefolge irakischer Einwände nicht mehr auf seinem Antrag auf Sondermaßnahmen für besonders gefährdete Gruppen, insbesondere Christen, bestanden hatte, einigten sich die EU-Innenminister auf einen Appell, die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Flüchtlinge in den Irak zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen Kontakte mit der irakischen Regierung und dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge geknüpft werden. Die Frage soll auf der nächsten Ratstagung der Innenminister erneut aufgegriffen werden.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Erweiterung der Liste langlebiger organischer Schadstoffe (POP)

Der Rat ermächtigte die EU-Kommission zu Verhandlungen im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) um das Protokoll zu Schadstoffen, welche über weite Entfernungen zu Luftverschmutzung führen, zu ergänzen. Ziel des Protokolls ist die möglichst weitgehende Verringerung der Belastungen durch 16 POP („persistent organic pollutants“). Hinzukommen sollen Endosulfan, Trifluralin, Dicofol und Pentachlorphenol.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/jha/101974.pdf

2. Umweltprämie zugunsten der Binnenschifffahrt in Österreich

Die Europäische Kommission erhebt keine Einwände gegen die Verlängerung eines Pilotprojekts der österreichischen Bundesregierung, durch das eine stärkere Verlagerung des Gütertransports

auf die Binnenschifffahrt gefördert werden soll. Im Rahmen des Pilotprogramms werden Umweltpremien für neue Binnenschifffahrtssdienste auf der Donau gewährt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1200&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Verkehr

Schwarze Liste von Luftfahrtunternehmen aktualisiert

Die Europäische Kommission hat am 23.07. die achte Aktualisierung der so genannten Schwarzen Liste von Luftfahrtunternehmen verabschiedet, für die in den Staaten der Europäischen Union ein Flugverbot gilt, weil Sicherheitsbedenken bestehen. Zum jetzigen Zeitpunkt gilt aufgrund der gemeinschaftlichen Liste somit ein Flugverbot für alle Luftfahrtunternehmen aus Äquatorialguinea, Indonesien, der Kirgisischen Republik, Liberia, Sierra Leone, Swaziland, der Demokratischen Republik Kongo und Gabun (ausgenommen Gabon Airlines und Afrijet, deren Flugbetrieb auf dem jetzigen Niveau eingefroren wird). Außerdem wird acht weiteren Luftfahrtunternehmen der Flugbetrieb in der Europäischen Union vollständig untersagt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1205&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. EU-Kulturminister gegen Übertragung von Zuständigkeiten auf EU

Beim informellen Treffen der Minister für Kultur und für audiovisuelle Medien in Versailles am 21./22.07. sprach sich die Mehrheit gegen geplante Regelungen zur Finanzierung des öffentlichen Rundfunks und gegen europäische Regelungen zum Handel mit Rundfunkfrequenzen aus.

http://www.eu2008.fr/PFUE/lang/fr/accueil/PFUE-07_2008/PFUE-22.07.2008/informelle_des_ministres_de_la_culture_et_de_l_audiovisuel__principaux__resultats

2. Fast zwei Drittel des EU-Fernsehprogramms sind „Made in Europe“

Mehr als 63 % der Sendezeit der europäischen Fernsehsender entfallen auf europäische Werke und mehr als 36 % auf Werke unabhängiger europäischer Produzenten. Diese neuen Zahlen stammen aus dem achten Bericht der Europäischen Kommission zur Wirksamkeit von EU-Vorschriften zur Förderung europäischer Werke für den Zeitraum 2005-2006.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1207&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/twvf/implementation/promotion/index_en.htm

X. Bildung, Forschung, Kultur

Deutschland bei Bürgerprojekten die „Goldenen Sterne“ dabei

Die Europäische Kommission zeichnete 12 Bürgerbeteiligungsprojekte aus, die europäisches Handeln und die Debatte über EU-Fragen an der Basis fördern. Ende des Jahres wird Kommissar Ján Figel' diesen Projekten bei einer Zeremonie in Brüssel die „Goldenen Sterne 2008“ verleihen. Bei einem der sechs Städtepartnerschaftsprojekte war die hessische Stadt Reichelsheim federführend; bei anderen waren Grebenstein (HE), Bad Krozingen (BW), Empfingen (BW), Geretsried, Lichtenfels, Kallmünz und Parsberg (alle Bayern) beteiligt. Bei einem der sechs Bürgerschaftsprojekte war das Internationale Dachau-Komitee federführend, mit Partnern u.a. aus Österreich; bei weiteren Projekten waren ebenfalls Partner aus Deutschland und Österreich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1188&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI. Sonstiges

Stoiber erwägt Kandidatur für Europäisches Parlament

Hierüber berichten zahlreiche Medien unter Bezugnahme auf den Kölner Stadt-Anzeiger, der sich wiederum auf die Einschätzung eines CSU-Vorstandmitglieds beruft. Der frühere bayerische Ministerpräsident müsste bei der Kandidatenaufstellung im November auf einem der drei oberbayerischen Plätze aufgestellt werden. <http://derstandard.at/> (Politik/EU)